Konferenz der Landesjugendringe
Schwerin, 24. September 2012

Netz und Verband

Strukturwandel der Öffentlichkeit – Strukturwandel der Jugendverbände?

Felix Neumann

Blog: *http://fxneumann.de*
Twitter: *@fxneumann*

fxneumann

Gliederung

1 Verbände

Erfolgsmodell des 19. Jahrhunderts

2 Trends

3 Konsequenzen

für die Jugendverbandsarbeit

Gliederung

1 Verbände

Erfolgsmodell des 19. Jahrhunderts

2 Trends

3 Konsequenzen

für die Jugendverbandsarbeit

Die verbandlichen Strukturen, generell die Strukturen, die wir zur politischen Organisation für selbstverständlich halten, sind grundgelegt in spezifischen Umständen zur Zeit ihrer Etablierung im 19. Jahrhundert. Das 19. Jahrhundert ist Ausgangspunkt der Überlegungen, da sich dort eine Bürgergesellschaft entwickelt, die sich in Verbänden und Parteien organisiert. Ähnliche Zusammenschlüsse gab es zwar bereits vorher (etwa Gilden, Familienclans, Zünfte …), diese Organisationsformen waren aber lokaler, die Zugangsbedingungen formal strikt reglementiert und so eine Organisationsform nicht des aufgeklärten Bürgertums, sondern Elemente einer weitgehend immobilen ständischen Gesellschaft.

Rahmenbedingungen

» Festgefügte, homogene Milieus

» Hohe Transaktionskosten
  » Kommunikation
  » Mobilität

» Kaum Sozialstaat

» Das 19. Jahrhundert ist geprägt von gesellschaftlichen Großmilieus, die relativ homogen weite Teile der Gesellschaft organisieren: Das gebildete protestantische Bürgertum, das katholische Milieu, das Arbeitermilieu. In sich sind diese Milieus geschlossene Parallelgesellschaften mit je eigenen Organisationsformen. Die homogene Zusammensetzung ermöglicht es, Interessen effizient zu bündeln: Die Summe der Interessen der Menschen waren hinreichend deckungsgleich mit denjenigen der Führer dieser Milieus, so daß eine akzeptierte Vertretung unterstützt wird.

» Kommunikation und Mobilität sind unter den Bedingungen der Postkutsche für die meisten Menschen prohibitiv teuer und langsam.

» Sozialstaatliche Institutionen bildeten sich erst langsam aus. Neben Familien und Dorfgemeinschaften traten Verbände und Vereine zur gegenseitigen Absicherung.

Organisationsziele

» Interessensvertretung

» Dienstleistung

Unter diesen Rahmenbedingungen lassen sich zwei Ziele von Organisationen festmachen, die so auch heute noch grundsätzlich bürgergesellschaftliche Organisationen strukturieren:

» Organisationen aggregieren den politischen Willen ihrer Basis und dienen so der *Interessensvertretung.*

» Daneben nehmen sie bestimmte Funktionen war, die sich unter *Dienstleistungen* zusammenfassen lassen: Das kann die Unterstützung wandernder Gesellen sein wie bei den Kolpingfamilien, Erziehung und Bildung oder soziale Absicherung.

Organisationsprinzipien

» Delegation

» Repräsentation

» Soziale Infrastruktur

Um die Organisationsziele unter den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verwirklichen, liegen bürgergesellschaftlichen Organisationen bestimmte Organisationsprinzipien zugrunde: *Delegation*, *Repräsentation* und die Bereitstellung einer *sozialen Infrastruktur.*

Demokratie als Funktionsprinzip wird hier nicht eigens erwähnt, da der Grundgedanke bereits einerseits in den Prinzipien Delegation und Repräsentation nach bürgergesellschaftlichem Verständnis angelegt ist, andererseits durch die homogenen Milieus sich auch Personen vertreten fühlen und als Vertretene in Anspruch genommen werden, die nicht formal Mitglied einer Organisation sind. Legitimation erlangen die Verbände nicht nur durch ihre formale Basis, sondern auch ihre Zustimmung im Milieu.

Organisationsprinzipien

» Delegation
» Transaktionskostenreduktion

» Repräsentation
» Komplexitätsreduktion

» Soziale Infrastruktur
» Unsicherheitsreduktion

Die drei Grundprinzipien dienen funktional jeweils einer bestimmten Reduktion: Überkomplexe Aspekte des Sozialen werden zusammengefaßt und strukturiert, so daß die Organisationsziele erreicht werden können.

» Delegation dient der *Transaktionskostenreduktion*: Unter den Bedingungen teurer Kommunikation und teurer Mobilität werden über delegative Organisationsformen die Transaktionskosten weniger vertretender Personen auf das Gesamt der Organisation umgelegt.

» Damit eng verbunden ist die *Komplexitätsreduktion*, die durch eine repräsentative Vertretung statt einer direkten erreicht wird: Es genügt, wenn wenige Personen für alle sprechen. Das reduziert die Anzahl der Beteiligten so, daß eine effiziente Diskussion und Entscheidung möglich ist.

» Die Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur sozialisiert ansonsten allein persönlich zu tragende Lebensrisiken *(Unsicherheitsreduktion)*.

Die Organisationsform Verband ist damit besonders geeignet, um unter den geschilderten Rahmenbedingungen politische Meinungsbildung und soziale Vergemeinschaftung organisational zu fassen. Seit einigen Jahrzehnten ist es ein üblicher politikwissenschaftlicher und soziologischer Topos, daß Großorganisationen – Parteien, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften – in einer Krise sind in Hinblick auf ihre Mitgliederentwicklung und -bindung. Mit dem vorgestellten Model stellt sich die Frage, ob ihre Organisationsprinzipien noch geeignet sind, um die damit verfolgten Ziele zu erreichen.

Gliederung

1 Verbände

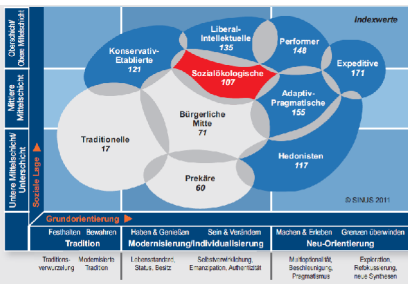
Erfolgsmodell des 19. Jahrhunderts

2 Trends

3 Konsequenzen

für die Jugendverbandsarbeit

Mit den Vorüberlegungen zur Organisationsform Verband steht ein Instrumentarium zur Verfügung, auf dessen Basis aktuelle gesellschaftliche Trends auf ihre Auswirkungen auf verbandliche Organisationsformen hin überprüft werden können.



Grafik entnommen aus
DIVSI Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet, S. 21
https://www.divsi.de/aktivitaeten/divsi-milieu-studie-internet

Dem Sinus-Milieu-Modell können gesellschaftliche Entwicklungen entnommen werden, die Auskunft über die Zukunft der Organisationsform Verband geben können. (Als Abbildung wurde das aktuelle Modell für Erwachsene in Deutschland verwendet; das Modell für Kinder und Jugendliche weicht ab, ist aber für Tendenzaussagen hinreichend ähnlich. Vgl. dazu die vom BDKJ mit herausgegebenen Sinus-Milieu-Studien zu Kindern und Jugendlichen.)
Grundsätzlich liegt dem Modell die Annahme zugrunde, daß die Gesellschaft sich nicht mehr in homogenen Großmilieus oder ökonomischen Klassen hinreichend erklären läßt. Die Gesellschaft differenziert sich deutlich aus, die gesellschaftlichen Leitmilieus ändern sich.
Für die Jugendverbandsarbeit ist das Modell hinsichtlich der Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen und der Funktionär_innen nützlich, um daraus Prognosen abzuleiten.
Jugendverbände sind ein Phänomen der Mittel- und Oberschicht der Grundorientierungen A und B; katholische Jugendverbände erreichen nur wenige »links-mitte-oben«-Milieus, bei anderen Jugendverbänden dürfte es ähnlich sein. Sind in der Basis noch traditionelle und konservative Milieus vertreten, rekrutiert sich die Funktionsebene vornehmlich aus dem in vorigen Modellen als postmateriell bezeichneten gesellschaftlichen Leitmilieu, in dem viele 68er, Babyboomer, Umweltbewegte … einzuordnen sind. Mit der neuen Kartierung der Milieus wurde dieses Milieu aufgespalten in liberal-intellektuell und sozial-ökologisch. Während das liberal-intellektuelle Milieu technikaffin ist, herrscht im sozial-ökologischen Milieu eine deutliche Kritik gegenüber neuen Medien vor. Jugendverbände stehen also vor der Herausforderung, daß ihr Führungspersonal zu relevanten Teilen essentiell wichtigen kulturellen Praktiken der Zielgruppe extrem kritisch und ablehnend gegenübersteht und vernetzte Sozialpraktiken nur aus einem defizitären Blickwinkel betrachtet.
Die Basis, also Kinder und Jugendliche der erreichten Milieus, nutzt neue Medien grundsätzlich, je nach Milieu euphorischer oder vorsichtiger, jedoch mit Selbstverständlichkeit. Problematisch für verbandliche Zusammenhänge ist, daß eine Sozialisation mit formeller Partizipation immer weniger selbstverständlich wird. Kinder und Jugendliche aus dem konservativen und bürgerlichen Milieu kennen ein Engagement in Vereins- und Verbandsstrukturen von ihren Eltern, je weiter die Grundorientierung nach rechts wandert, desto fremder wird diese Form, ein Prozeß, der sich mit dem zunehmenden Alter der C-Milieus noch ausweiten wird. Die Idee, sich zur Interessensvertretung durch eine feste, dauerhafte Mitgliedschaft an eine Organisation zu binden, wird zunehmend fremder.

Strukturwandel *der* Öffentlichkeit

» Pluralisierung

» Sinkende Transaktionskosten

» Soziale Infrastruktur

Der empirische soziologische Befund der Sinus-Milieu-Studie läßt sich mit einem grundsätzlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit erklären, der die in 1) genannten Rahmenbedingungen verändert.

» An die Stelle homogener gesellschaftlicher Milieus tritt eine zunehmen plurale und differenzierte Gesellschaft. Es ist nicht mehr selbstverständlich, daß aus einer Großmilieuzugehörigkeit ein komplexes Bündel an nicht notwendig verbundenen politischen Einstellungen verbunden ist. Deutlich wird das etwa am »Wutbürger_innen«-Phänomen, das Protest quer zu üblichen politischen Konfliktlinen gezeigt hat. Zwar haben sich die Parteien jeweils relativ klar positioniert, selbst innerhalb der Partei gibt es aber jeweils eine relativ starke Opposition. Solche Koalitionen quer zu üblichen Parteilinien sind nicht völlig neu; in der Anti-AKW-Bewegung gab es bereits ähnliches: Die konservativen Südbadener_innen trugen eine mächtige Protestbewegung gegen das AKW Wyhl. Wyhl kann aber als NIMBY-Protest (»not in my backyard«) aufgefaßt werden; die Konfliktlinie verläuft abseits der erwarteten politischen Richtungen entlang persönlicher Betroffenheit. Stuttgart 21 hat zwar auch eine NIMBY-Komponente, mobilisierte aber auch über den *backyard* hinaus Unterstützung aus verschiedenen Milieus. (Auch in der Parteipolitik sind zur Zeit Entbündelungsphänomene zu betrachten: in Hinblick auf die Frauenquote und Netzpolitik sind die Positionen nicht primär durch Parteizugehörigkeit strukturiert.)

» Ein radikaler Wandel liegt bei den Transaktionskosten vor: Mobilität und vor allem Kommunikation sind so billig geworden, daß ihre Kosten teilweise sogar völlig vernachlässigt werden können. Dieser Faktor verändert die Struktur der Öffentlichkeit massiv: Die technische Machbarkeit unmittelbarer Kommunikation erzeugt die soziale Erwünschtheit. Das Netz ist nichts mehr Virtuelles in einem stationären Bildschirm, sondern überall präsente zusätzliche Ebene der Wirklichkeit. Kommunikation und Information sind durch ihre zu vernachlässigenden Transaktionskosten selbstverständlich. Transparenz und Informationsfreiheit werden als Normalfall angenommen, Vertraulichkeit und Geheimhaltung werden einzeln begründungspflichtig.

» Auch die soziale Infrastruktur hat sich durch eine immer größere Zuständigkeit des (Sozial-)staats verändert, so daß manche Funktionen nicht mehr selbstorganisiert zur Verfügung gestellt werden müssen. Gleichzeitig werden viele Funktionen, die traditionell bei Vereinen und Verbänden lagen, durch privatwirtschaftliche Akteurinnen zur Verfügung gestellt – Beispiele sind kommerzielle Jugendreisen oder Musikfestivals, die mit traditionellen Organisationsformen der (verbandlichen) Jugendarbeit konkurrieren. (Dieses Thema wird hier nicht weiter ausgeführt, hat es doch nur am Rande einen Netzbezug.)

Erwartungen an Politik

» polity

» politics

» policy

Die veränderten Rahmenbedingungen führen zu veränderten Erwartungen an politische Prozesse, Institutionen und Akteur_innen. Im folgenden wird dies aufgeschlüsselt nach den Aspekten *polity* (die institutionelle Ebene von Politik), *politics* (die Verfahrensebene von Politik) und *policy* (die inhaltliche Ebene von Politik).

Erwartungen an Politik

» polity
  » Partizipation, Transparenz
» politics

» policy

Die quasi weggefallenen Transaktionskosten von Kommunikation haben Auswirkungen auf die Erwartungen, die an ein politisches System gestellt werden. Die direkte Ansprechbarkeit zentraler Akteur_innen erzeugt die (wenn auch oft illusionäre) Erwartung, mittels dieser Kommunikation auch direkt Einfluß nehmen zu können. Wenn Kosten-Argumente gegen die Bereitstellung von Informationen wegfallen, wird es immer schwieriger zu begründen, warum Informationsfreiheit und Transparenz nicht der strukturelle Normalfall sind. Informationsfreiheit und Transparenz werden in eine normative Demokratietheorie einbezogen: Aus dem Bild des_der mündigen Bürger_in als Souverän folgt das Recht auf Information und Nachvollziehbarkeit politischen Handelns.

Erwartungen an Politik

» polity
  » Partizipation, Transparenz
» politics
  » Authentizität
» policy

Politiker_innen nutzen soziale Netze bisweilen aktiv als permanente Homestory, zudem führt ihre bloße Präsenz zwischen anderen direkten Kontakten dazu, daß sie vermehrt auch persönlich und nicht in ihrer Amtsfunktion angesprochen werden. Mit Personen läßt es sich interagieren, mit Institutionen nicht. Das ist insbesondere für hochgradig strukturierte Organisationen wie Jugendverbände schwierig, die ein repräsentatives, delegatives Amtsverständnis kennen und eher den Typ Funktionär als den Typ charismatischer Führer in ihrem Leitungsverständnis pflegen. Institutionen, insbesondere mittlere Ebenen, sind schwer zu greifen. Ein Begriff ist der soziale Nahraum oder die oberste Ebene. Zwischenebenen und Funktionär_innen wirken fern.

Erwartungen an Politik

» polity
  » Partizipation, Transparenz
» politics
  » Authentizität
» policy
  » Neue Politikfelder

Netzpolitik wandelt sich von einem technischen Fachthema zu einem in alle Lebensbereiche eingreifenden Querschnittsthema. Fragen etwa des Urheberrechts sind nicht mehr nur spezielle Fragen eines ordnungspolitischen Rahmens für das Verhältnis von kommerziellen Urheber_innen und kommerziellen Verwerter_innen, sondern relevant für alle Lebensbereiche.
Gerade für Kinder und Jugendliche ist das Netz kein kontingentes Werkzeug, das es genauso gut nicht geben könnte. Es ist elementarer und essentieller Teil ihrer Lebenswirklichkeit.

Anti-ACTA-Demo

25. Februar 2012

Mannheim

Die ACTA-Proteste sind ein gutes Beispiel für eine neue Form politischen Handelns, das zentral und sich spontan organisierend funktioniert. Zwar haben sich auch die etablierten netzpolitischen Kräfte (die traditionell(er) organisiert sind) am Protest beteiligt. Gerade für die etablierte Netzpolitik war es aber überraschend, wer auf den Demonstrationen war: Sehr viele Kinder und Jugendliche von 10–15 Jahren, die vorher nicht in netzpolitischen Zusammenhängen aufgetaucht waren. Es wird angenommen, daß sie durch Youtube-Video-Blogs mobilisiert wurden – ein Kanal, der kaum im Blick ist, auch nicht in der netzpolitischen Szene. Dennoch hatten diese Kanäle eine enorme Mobilisierungswirkung, indem sie die Botschaft so geformt haben, daß der Zusammenhang zwischen ACTA und einem Angriff auf die Lebenswelt Jugendlicher glaubhaft deutlich gemacht wurde.

Die Mobilisierung zu den ACTA-Demos ist ein besonders deutliches Beispiel dafür, was unter den Bedingungen des Netzes für Organisationsformen möglich sind. Individuelle persönliche Betroffenheit kann ohne dauerhafte formale Organisation zu politisch wirksamer Aktion werden; Handelnde des Protests sind engagierte Einzelne, die als Informationsmultiplikator_innen fungieren, Werkzeuge sind nicht spezielle Partizipationstools, sondern allgemein verfügbare technische Infrastruktur, die inhaltsneutral Vergemeinschaftung ermöglicht (Youtube, Facebook). Auf dem Netzwerk loser Bindungen (die nicht zureichend erfaßt werden, wenn der Begriff der Facebook-Freundschaft nur kulturpessimistisch interpretiert wird) setzt ein enormer Netzwerkeffekt auf.

Gliederung

1 Verbände

Erfolgsmodell des 19. Jahrhunderts

2 Trends

3 Konsequenzen

für die Jugendverbandsarbeit

Organisationsziele

» Interessensvertretung

» Dienstleistung

Die grundsätzlichen Ziele der Jugendverbände bleiben gleich: Es geht um Interessensvertretung, und zwar sowohl lobbyistisch für die eigene organisierte Basis wie advokatorisch für bestimmte Ziele und Zielgruppen (junge Menschen, Umweltschutz …). und es geht um Dienstleistung, auch wenn sich das mit einer veränderten sozialstaatlichen und privatwirtschaftlichen Umwelt verändern muß oder die Mehrwerte der Organisation als Dienstleister_in herausgestellt werden müssen.

Organisationsprinzipien

» Delegation
» Transaktionskostenreduktion
» Repräsentation
» Komplexitätsreduktion
» Soziale Infrastruktur
» Unsicherheitsreduktion

Die Organisationsprinzipien sind teilweise zu hinterfragen, wobei allerdings die gesellschaftlichen Veränderungen widersprüchliche Signale senden.
» Der Faktor der Transaktionskostenreduktion wird durch das allgemeine Sinken der Transaktionskosten scheinbar unnötig. Delegative Elemente werden sehr kritisch gesehen, direktdemokratische Formen und unmittelbare Beteiligung sind das Ideal. Mehrstufige Organisationsformen sind unintuitiv und widersprechen dem Wunsch nach direktem, authentischem, wirksamem Engagement. In der Wahrnehmung von Institutionen gibt es eine Neigung zum *cuttting out the middlemen*, also der Ausschaltung intermediärer Instanzen, die zwar schwerfällig wirken, durch Informations- und Partizipationsbündelung aber komplexitätsreduzierend bei der Verhandlung auf der letztentscheidenden Ebene sind.
» Problematisch ist, daß dem organisationsexternen Rückgang der Transaktionskosten kein organisationsexterner Rückgang der Komplexität entgegensteht – im Gegenteil: Immer mehr Informationen werden verfügbar, immer mehr Informationskanäle, immer mehr Menschen haben den Anspruch, sich direkt zu beteiligen. Es fehlt noch an Lösungen, wie die durch gestiegene Anforderungen an Transparenz und Beteiligung gestiegene Komplexität bewältigt wird. Direktdemokratische Methoden skalieren nicht, jedenfalls dann nicht, wenn komplexe Fragen diskursiv entschieden und nicht rein quantitativ durch Abstimmungen gelöst werden sollen. Es gibt zwar erste Versuche komplexitätsreduzierender Systeme – Software wie *Liquid democracy* –, diese sind aber noch kaum im politischen Betrieb erprobt und stellen als relativ komplexe Systeme wieder eine Beteiligungshürde auf.
» Generell scheint es eine Tendenz zur Entinstitutionalisierung und Entstrukturierung zu geben. Das hat auch Konsequenzen für die qualitativen Aspekte von Beteiligung: Institutionell läßt sich gegen gesellschaftliche Strukturen gegensteuern, etwa durch *affirmative action* und Förderprogramme. Patriarchale, ökonomische, soziokulturelle Faktoren können im Institutionendesign berücksichtigt werden. Fällt das alles weg zugunsten einer formal offenen Beteiligungsmöglichkeit, entsteht eine Beteiligungsstruktur, die nicht etwa alle gleichberechtigt teilhaben läßt, sondern bloß gesellschaftliche Machtstrukturen reproduziert. (Es ist kein Zufall, daß die Piratenpartei so stark von weißen, gut ausgebildeten Männern dominiert wird.)

Spannungsfelder

» Struktur *und* Spontaneität

» Institutioneller *vs.* individueller Politikbegriff

» Junge Menschen *in* alten Institutionen

Für Jugendverbände entstehen verschiedene Spannungsfelder. Im Kern liegt immer die Differenz zwischen organisatorischer und institutioneller Verfaßtheit und Lebenswelt und Beteiligungserwartungen von Kindern und Jugendlichen.
Aus genannten Gründen haben Delegation und Repräsentation grundsätzlich nach wie vor ihre Berechtigung und auch ihre demokratietheoretische Rechtfertigung. Sie werden aber zunehmend mehr begründungspflichtig und sind im Detail auch zu hinterfragen.
Jugendverbände, vor allem ihre komplizierten Strukturen in den verschiedenen Zusammenschlüssen und Dachverbänden und ihre Verflechtung mit anderen politischen Akteur_innen, sind damit paradoxerweise in ihren Strukturen besonders problematisch aus der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen heraus. Soll das Selbstverständnis von Selbstorganisation, Selbstwirksamkeit und Beteiligung auch weiterhin aufrecht erhalten werden, müssen insbesondere delegative Strukturen hinterfragt werden. Delegation und Repräsentation sollten konsequent als Werkzeuge zur leider notwendigen Komplexitätsreduktion und nicht als Wert an sich verstanden werden. Organisatorische Notwendigkeit ist von struktureller Gewohnheit zu unterscheiden: Nicht jede gewachsene Struktur der Jugendverbandsarbeit ist jugendgemäß, vieles wird auch aus Tradition mitgeschleppt. Jugendbeteiligung sollte sich nicht nur auf einer *policy*-Ebene abspielen, sondern auch hinsichtlich der Strukturen selbst gepflegt werden: Viele neuartige Organisationsformen und soziale Praktiken sind nicht im Blick von in Verbandsstrukturen Sozialisierten. Strenge Formvorschriften sichern zwar einerseits demokratische Mindeststandards, schaffen aber gleichzeitig Ausschlüsse. Frei fließende Information und spontane Organisation werden sicher teil neuartiger verbandlicher Organisation sein. Das Bedürfnis nach Unsicherheitsreduktion steht dem sehr kritisch gegenüber; mit sinkenden Transaktionskosten geht immer Kontrollverlust einher. Kinder und Jugendliche werden mit diesem Kontrollverlust schon sozialisiert.

Noch gibt es keine überzeugenden Lösungen für die aufgeworfene Problematik. Weder können technische Lösungen wie *Liquid feedback* das soziale Problem des politischen Handelns lösen, noch können alle Fragen von sich spontan koordinierenden Schwärmen wie beim ACTA-Protest gelöst werden, noch ist das Modell Jugendverband per se abgeschrieben.
Eine Sensibilisierung für die veränderte Lebenswelt und darauf aufbauend die veränderten politischen Praktiken von Jugendlichen ist aber ein erster wichtiger Schritt.